

Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Kundträger 1.50 Mk. für die Woche 6.10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6.10 Mk. für den Monat.
Verlagsadresse: Sozialistischer Verlag e.o.m.f.G. Breslau.
Telefon-Nr. 23 885. Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 6327.

Freitag, 25. November 1921

Anzeigenspreise: Die halbpalme Millimeterzeile oder deren Raum 0.20 Mk., auswärts 0.30 Mk. Stellen- und Wohnungsangebote, Familiennachrichten, Verleumdungs- und Verleumdungsanklagen 0.40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, halbpalme oder deren Raum im Text 2.- Mk.

Arbeiter in den Betrieben!

Lebt Solidarität mit Euren gefangenen Brüdern in den Zuchthäusern und Gefängnissen. Nehmt sofort Stellung in Euren Betrieben zur Freigabe aller politischen Gefangenen.

Amnestie!

Ein- und dreihunderttausend heldenmütige Proletarier in Lichtenburg haben Millionen aus dem Schlafe gerüttelt. Ein- und dreihunderttausend hinter Zuchthausmauern haben Millionen, die in der „Freiheit“ des Kapitalismus das Joch trugen, das Signal gegeben. Die Arbeiterschaft schließt sich zusammen, befeuert von dem Gefühl der proletarischen Solidarität mit den Opfern der Klassenjustiz.

Seit Monaten schmachten Hunderte und Tausende in Gefängnissen und Zuchthäusern, wo sie die erbarmungslose Justiz der Bourgeoisie lebendig begraben hat. Seit Monaten harren sie aus in Hunger und Leid, in Qual und Pein, einzig und allein getragen von der Hoffnung auf die Hilfe ihrer Arbeitsbrüder draußen.

In dieser Stunde, da aus dem gemeinsamen Willen der Arbeiterklasse heraus die proletarische Einheitsfront geboren wird, da die Arbeiterklasse sich rückt im gemeinsamen Kampf, um den Anschlägen der Bourgeoisie, der Rot und der Leuzerung zu begegnen, ist es erste Pflicht aller Arbeiter, für jene zu sorgen, die für dasselbe Ziel gekämpft und gelitten. Wenn die Arbeiterklasse die Helde der früheren Kämpfe den Klauen der Klassenjustiz entreißt, so zeigt sie, daß sie würdig ist, daß sie imstande ist, die neuen notwendigen Kämpfe um die Sicherung des Proletariats gegen die Raubpläne des Großkapitals siegreich zu bestehen.

Genug hat die Klassenjustiz an Opfern gefordert. Genug hat sie die Gefühle des Proletariats, die einfachen Gebote der Menschlichkeit mit den Füßen getreten. Genug der Edelstein und Beien sind unter ihren Schlägen zusammengebrochen. Genug hat sie die Arbeiter durch Rechtsbeugung, durch offenkundigen Schutz aller Gegenrevolutionäre verhöhnt und beschimpft. Genug haben die Arbeiter stillschweigend diese Schmach und Schande gebuldet. Der Reich ist voll zum Ueberlaufen.

„Freilassung aller politischen Gefangenen!“, das muß der Ruf aller Arbeiter sein. „Volle Amnestie!“ das ist es, was die gesamte Arbeiterschaft fordert muß.

Volle Amnestie!, so rufen schon heute Tausende in den Betrieben, so rufen schon heute Hunderttausende im ganzen Reich.

Volle Amnestie! Der Ruf darf nicht verhallen, bis die Forderung Wirklichkeit geworden. Die Arbeiterschaft darf nicht ruhen und rasten, sie muß alles daran setzen, um dem Schandregiment der Klassenjustiz ein Ende zu machen.

Um die proletarische Kampffront.

Die Einheitsfront muß sich aus den Betrieben heraus bilden.

Berlin, 23. November.

Wir wir bereits schon kurz mitgeteilt, befinden sich gegenwärtig in Berlin eine große Anzahl von Delegierten aus den verschiedensten Staaten des Reiches. Der Zweck ihres Hierseins ist bestimmt durch die Pflicht der Solidarität und von dem Kampfeswillen der gesamten deutschen Arbeiterschaft, die Qualen der politischen Gefangenen hinter deutschen Kerkermauern zu beenden. Ein Teil dieser Delegationen, die, ohne Verständigung miteinander, nach Berlin geist waren, um auf die Parteien und die Regierung einzuwirken, fanden sich gestern vormittag im Reichstage zusammen. Ueber die Verhandlungen mit dem Minister R a b r u c h haben wir bereits berichtet. Hierzu ist noch zu erwähnen: Nachdem die Abgeordnete Sieb den Minister inbrünstig angefleht hatte, den Delegationen wenigstens die Zusage zu geben, daß er, der sozialdemokratische Minister, persönlich für eine Amnestie im Kabinett einzutreten wolle, erklärte trotzdem der Minister, daß er nach seiner persönlichen Ueberzeugung für eine Amnestie augenblicklich nicht eintreten könne, daß verträge sich nicht mit seinem Gewissen. Auf die Bemerkung des Ministers, daß auf dem Gnadenwege den politischen Gefangenen Erleichterungen geschaffen werden sollen, erklärten alle Delegationen einmütig, Begründungen nicht anzuerkennen, für sie handele es sich um ein Recht, und dieses gebiete, daß die politischen Gefangenen sofort auf freien Fuß gesetzt werden. Die Märzkämpfer seien keine Verbrecher, sondern Arbeitsbrüder, die für ihre politische Ueberzeugung kämpften. Zu bemerken ist, daß diese Erklärung von den Delegierten aller vier Arbeiterparteien einmütig abgegeben wurde.

Nachdem die Verhandlungen mit dem Minister gescheitert waren, beschlossen die Delegationen, sich als provisorische R ö r p e r s c h a f t zu konstituieren zu dem Zweck, die gesamte deutsche Arbeiterschaft zum Kampfe gegen das herrschende politische System aufzurufen. Ein Ausschuss, bestehend aus Vertretern der vier politischen Arbeiterparteien und einem Vertreter der Staatsbeamten und -arbeiter, wurde darauf sofort gewählt. Der Ausschuss setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: Max Dieze (S.P.D.), Berlin-Neutölln; Richard Müller (U.S.P.), Leipzig; Willi Wallstab (S.P.D.), Stahfurt; Ernst Wehmann (A.K.P.), Reinickendorf-Ost; Hans Regeling, Berlin-Weißensee. Die Konferenz beschloß, sofort die Leitungen der vier politischen Arbeiterparteien, des A.D.S.B., der A.S.A., der Berliner Gewerkschaftskommission und der Groß-Berliner Betriebsräte-Zentrale zu einer Konferenz für heute Nachmittag einzuladen. Weiter beschloß die Konferenz der Delegierten nach eingehender Debatte:

Erstens: Heute, Mittwoch, vormittag, eine Vertretung, bestehend aus 5 Genossen, denen alle Arbeiterparteien angehören, zu der Sitzung der Spitzenorganisationen zu entsenden, die um 10 Uhr im Reichstage stattfinden soll.

Zweitens: Auf nachmittags 2 Uhr sollen die Berliner Betriebsräte zu einer Konferenz zusammenberufen werden, in der von den Delegationen der Antrag unterbreitet wird, einen allgemeinen deutschen Betriebsräte-Kongress oder einen Kongress von Betriebsvertretungen aus dem ganzen Reich und sämtlichen Arbeiterparteien und Gewerkschaften in der kürzesten Frist nach Berlin einzuberufen.

Drittens: Die heutige Konferenz der Berliner Betriebsräte in Verbindung mit den Delegationen soll einen Aufruf an die gesamte deutsche Arbeiterschaft erlassen, der den Zweck hat, den allgemeinen Kongress vorzubereiten und durchzuführen.

Die Solidaritätskundgebung des Berliner Proletariats für die politischen Gefangenen.

Berlin, 23. November.

Die Not des deutschen Proletariats wächst mit jedem Tag. Immer schamloser, immer herausfordernder, immer provozierender tritt die deutsche Bourgeoisie, die Ausbeuterklasse, gegen die Arbeiter auf. Die wenigen Schranken, die die Arbeiterschaft zu ihrem Schutze noch aufrechterhalten hat, ist die herrschende Klasse auf dem Sprunge, vollends niederzutrampeeln. Aber die Arbeiterschaft erkennt im ganzen Reich die brohende Gefahr. Ueberall ertönt der Ruf zur Sammlung. In jeder Werkstatt wächst der Unwille, die Empörung gegen die verstockten und offenen Mächthaber der Bourgeoisie, die zum Ziele haben, dem deutschen Proletariat alle Saiten des Krieges aufzubürden und mit der Hungerpeitsche die Arbeiterschaft zu einem willenlosen Sklavenbaisin niederzujwingen.

Die 28 öffentlichen Volksversammlungen, die gestern von der Kommunistischen Partei Groß-Berlin einberufen waren, waren ein Beweis des Vertrauens, das die Berliner Arbeiterschaft immer mehr der kommunistischen Partei entgegenbringt, waleich aber auch darüber hinaus der tausendfach bekräftigte Wille zum geschlossenen revolutionären Widerstand des Proletariats. Flamender Protest wurde gestern von dem revolutionären Vortrupp der Berliner Arbeiterschaft eingelegt gegen die Schandjustiz und gegen die schändlichen Selbstjustiz, die die Führer der Sozialdemokratie der bürgerlichen Klassenjustiz, dem Weissen Schreden leisten. Ueberall ertönten die verarmten Arbeiter und Arbeiterinnen, sich für die Freilassung der in den Kerker schmachtenden revolutionären Kämpfer einzusetzen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Resolution:

„Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen hören mit Entzückung, daß die Regierung und insbesondere der sozialdemokratische Justizminister R a b r u c h sich weigern, unsere in den Hungerkerker getretenen politischen Gefangenen freizulassen. Die versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen fordern die anderen sozialistischen Parteien und die Gewerkschaften auf, sofort Schritte zu unternehmen, um die Freilassung der politischen Gefangenen in Lichtenburg und darüber hinaus die Amnestie für alle politischen Gefangenen durchzusetzen. Die R a p p -Verbrecher laufen frei herum, und es ist nur eine Forderung der Menschlichkeit, wenn die Amnestie auf alle revolutionären Kämpfer ausgedehnt wird. Die Versammelten fordern die gesamte Arbeiterschaft auf, nicht eher zu ruhen, bis diese Forderung durchgesetzt ist, und senden allen gefangenen Genossen brüderliche Grüße.“

Die Berliner Elektricitätsarbeiter bei dem sozialdemokratischen Justizminister R a b r u c h.

Das Berliner städtische Elektrizitätswerk wählte eine achtköpfige Delegation, die aus Vertretern der S.P.D., der U.S.P. und der A.P.D. bestand und die sich zu dem sozialdemokratischen

Justizminister R a b r u c h begab, um die sofortige Freilassung der Lichtenburger politischen Gefangenen zu fordern.

Der Minister antwortete mit Ausflüchten. Der Hungerstreik werde nur noch von einem Teil der Gefangenen durchgeführt. Eine Prüfung der Fälle werde erfolgen usw.

Die Delegation ließ aber keinen Zweifel darüber, daß, wenn dem einmütigen Verlangen der gesamten Arbeiterschaft nicht entsprochen werde, diese zu den schärfsten Maßnahmen greifen werde.

Das Erfurter Proletariat zum Kampf bereit. Paritätische Aktionsausschüsse in den Betrieben.

Belegschaftsversammlung der Maschinenfabrik Erfordia, Erfurt. Einstimmig beschloß die Belegschaft der Maschinenfabrik Erfordia, Erfurt, vom Reichsjustizminister sofortige Freilassung der politischen Gefangenen zu fordern. Im Falle der Ablehnung fordern die Versammelten die organisierte Arbeiterschaft auf, umgehend paritätische Aktionsausschüsse zu bilden und m. a. m. allen Mitteln, Generalkstreik usw., die Freilassung der politischen Gefangenen zu erkämpfen.

Eine Belegschaftsversammlung der Firma R. Wolf & Co. A.-G., Lokomotivfabrik Hagan, Erfurt, faßte folgenden einstimmigen Beschluß:

„Angesichts der Tatsache, daß der Reichstag sowie der Landtag bereit ist, 125 Freiheitskämpfer verhungern zu lassen, fordert die Belegschaft des Betriebes der Lokomotivfabrik Hagan, Erfurt, den Zentralrat auf, sofort eine Betriebsrätevollversammlung, spätestens aber am Donnerstag einzuberufen, um zu der Lichtenburger Angelegenheit Stellung zu nehmen und nötigenfalls die Freilassung unserer hungernden Klassenossen durch den Generalkstreik zu erzwingen.“

Die Halleischen Arbeiter gegen den sozialdemokratischen Justizminister, für die politischen Gefangenen!

Halle, 22. November.

Gestern abend beschäftigten sich die Funktionäre der gesamten Halleischen Betriebe mit dem Martyrium der Lichtenburger Gefangenen. Es wurde der Bericht der am Sonnabend gewählten und zum Justizminister gesandten Kommission entgegengenommen. Ein Redner der Kommission sagte, der Justizminister haben sich gewunden und gedreht, veruche die Amnestieaktion zu verzögern und im ganzen seien die Verhandlungen ergebnislos gewesen. Unter den Funktionären herrschte eine einmütige Kampfesstimmung.

Eine Kommission wurde aus den Reihen der Delegierten gewählt, die heute mit dem Gewerkschaftsleiter, der U.S.P. und S.P.D. in Verbindung getreten ist, um ein einheitliches Vorgehen herbeizuführen. Gewerkschaftsleiter und U.S.P. haben zugesagt, sich an den Beratungen der heutigen Funktionärenkonferenz zu beteiligen und Seite an Seite mit den Kommunisten für die Freilassung der gefangenen Genossen zu kämpfen. Die S.P.D. lehnte ein gemeinsames Vorgehen ab und stellte sich hinter ihren Minister.

Resolution der Belegschaft der A.G., Lokomotivfabrik Hennigsdorf, für die Amnestie.

An den A.D.S.B.

Die durch die gemeinliche Klassenjustiz hervorgerufenen Zustände in Schließburg-Lichtenburg, durch welche die wehrlosen politischen Gefangenen der proletarischen Klasse in die Arme des Hungerstreiks und den darauffolgenden, sie von allen Qualen befreienden Tod getrieben worden sind, hat die Arbeiterschaft in heller Empörung entflammen lassen. Sie fühlt sich mit ihren unschuldig in Gefängnissen und Zuchthäusern schmachtenden Klassenossen eins und steht in den von reiner Klassenherrschaft diktierten Maßnahmen gegenüber der schaffenden proletarischen Klasse eine Verbesserung derselben. Sie verlangt die sofortige Freilassung sämtlicher politischen Gefangenen. Die Belegschaft der A.G., Lokomotivfabrik Hennigsdorf, fordert den A.D.S.B. auf, diese in den Sonnabend-Ausgaben der sozialistischen und kommunistischen Presse erschienenen ausführlich beschriebenen Vorgänge durch einen Druck auf Reichstag und Regierung auf dem schnellsten Wege aus der Welt zu schaffen. gez.: Jöble, S.P.D.; Unger, U.S.P.; Gräbner, A.P.D.

Um die Erfassung der Sachwerte.

Die zweideutigen Erklärungen Wirths.

Die Erklärungen Wirths im Steueraussschuß des Reichstags über die Verhandlungen mit der Industrie und mit der Reparationskommission sind, wie sich aus einer Darstellung des wesentlichen Inhalts ergibt, höchst zweideutig.

1. Ueber ein Moratorium (Zahlungsausschub) ist mit der Reparationskommission nicht offiziell verhandelt worden. (D. h. es ist darüber inoffiziell gesprochen worden und die Ausschlußlosigkeit eines Zahlungsausschubs hat sich dabei herausgestellt.)
2. Die Reparationskommission ist mit außerordentlichen Hoffnungen der Kreditation der deutschen Industrie und den Verhandlungen mit der Industrie gefolgt.
3. Die Industriebedingungen rufen die „schwersten Probleme“ auf, aber man dürfe sie nicht als „politische Unmöglichkeiten“ bezeichnen.
4. Im Ausland (besonders in England) ist wegen langfristiger Kredite „sondirt“ worden.
5. Wirth erklärt sich gegen kurzfristige Kredite von einigen Wochen oder Monaten.
6. Für die Regierung treten gegenwärtig langfristige Kredite in den Hintergrund (wegen Washington), die Industrie setzt auf eigene Faust die Bemühungen um langfristige Kredite fort.
7. Die Regierung führt die Verhandlungen gemeinsam mit der Industrie, sie hat mit der Industrie eine gemeinsame Kommission gebildet.
8. Die Industrie hat ihre Bedingungen nicht fallen lassen. Im Gegenteil, sie sind wiederholt worden. Aber die Regierung Wirth ist nicht in der Lage, dies Problem (der Industriebedingungen) mit dem übrigen zu verbinden.

Diese Erklärung ist zum mindesten zweideutig. Einerseits wird erklärt, man dürfe die Bedingungen der Industrie nicht als politische Unmöglichkeiten abweisen, andererseits wird gesagt, die Regierung werde das Kreditproblem mit den Bedingungen nicht verbinden. Und tatsächlich ist die Regierung mit den Industriellen schon in einer Kommission zusammen.

Herr Wirth scheint zu glauben, die Industriellen einwickeln zu können oder ist es mehr auf die Einwickelung der Öffentlichkeit abgesehen? Jedenfalls, ist das nicht die ganze, so ist es mindestens die halbe Kapitulation.

Es ist höchste Zeit, daß die Verhandlungen aus der Dunkelkammer herausverlegt werden und daß volle Klarheit geschaffen wird. Die Arbeiterschaft muß von der Regierung eine klare Abgabe an die Stinnesbedingungen verlangen.

Vor allen Dingen müssen die Arbeiter von der SPD. und dem ADGB verlangen, daß sie sich unambiguo erklären. Je länger die Kulissenverhandlungen dauern, um so dringender wird der Verdacht, daß in irgendeiner Form die Kapitulation vor Stinnes vorbereitet wird.

Weiter aber muß dem ganzen Hängen und Würgen ein Ende gemacht werden. Die Erfassung der Sachwerte muß sofort geschehen. Sie schafft mit einem Schlag dem Reich die Kreditunterlagen, die es braucht.

Selbst die „Sozialistische Korrespondenz“ schreibt: „Erst wenn eine Klärung der weiteren politischen Gestaltung und der Konstellation der Weltmächte sich in Washington herausgestellt haben wird, werden wir wieder für Deutschlands finanzielle Lage das gebührende Interesse erwarten dürfen, und mit der Möglichkeit einer Gewährung eines direkten Auslandskredits an das Reich rechnen können. Dabei unterliegt es gar keinem Zweifel, daß das Reich den ausländischen Geldgebern gegenüber gewisse Garantien wird bieten müssen. Was für Garantien können das aber sein? Das hat das verarmte Deutschland den fremden Geldgebern zu bieten? Der ganze Reichtum des deutschen Volkes besteht in seinen Sachwerten, die jedoch nicht dem Staate gehören, sondern ausschließlich Privatbesitz, vor allem der industriellen und landwirtschaftlichen Kreise sind. Es zeigt daher immer wieder jedes Aufrollen des Problems der Erfüllung der übernommenen Verbindlichkeiten, daß das Reich um die Erfassung der Sachwerte nicht herumkommt und herumkommen wird. Ohne die Erfassung der Sachwerte und ihre Ausbarmachung für das Reich wird dieses niemals einen Kredit erhalten. Mit der Erfassung der Sachwerte steht und fällt die Erfüllungspolitik des republikanischen Deutschlands.“

Die USF. erklärt in ihrem Zentralorgan, der Berliner „Freiheit“:

Die Steueraussschüsse des Reichstags, die endlich ihre Beratungen beenden haben, dürfen an die Erledigung der von geistgebenden Körperschaften zugegangenen Regierungsvorlagen nicht eher herangehen, bevor nicht eine wirksame Erfassung des Reizes und der großen Einkommen durchgeführt ist. Die Steuerabgabe der kapitalistischen Kreise muß damit beantwortet werden, daß ihre wirtschaftlichen Manipulationen unter die strenge Kontrolle des Reichs gestellt werden. Die erweiterten Bedingungen der Großindustriellen für ihre Kreditation muß dadurch für erledigt erklärt werden, daß die Erfassung der Sachwerte und die Verflechtung des Reichs an den Erträgen des Kapitals schleunigst durchgeführt wird.“

Die Unabhängige Fraktion hat im Steueraussschuß beantragt, diese und andere Maßregeln als Notgesetz vorzulegen.

Jetzt muß gehandelt werden!

Stinnes' Reise nach London.

Einverständnis der Gewerkschaftsführer?

Der „Sozial-Anzeiger“ schreibt über die Reise Stinnes nach London: „Herr Stinnes hatte die Absicht, bis zum Mittwoch in England zu bleiben. In diesem unterirdischen Kisten verpackt man den Mann, der die Unterredung zwischen Stinnes und Lloyd George im Laufe des letzten Tages stattfinden würde. Da bisher alles planmäßig verlaufen ist, nimmt man hier an, daß der Führer der deutschen Industrie nach der englische Premier bereits gegen ihre Unabhängigkeit gekämpft haben.“

Nach der wochenlangen Fühlungnahme zwischen Herrmann Lloyd George und Herrn Stinnes dürfen,

wenn die Unterredung so verlaufen ist, wie geplant war, zunächst Wirtschaftfragen angeschnitten worden sein, die den nahen Osten betreffen. Dann dürfte die Frage der Reichsbahn in der Erörterung eine große Rolle gespielt haben. Der Reichskanzler und auch die Gewerkschaften dürften über den Zweck der Reise Stinnes unterrichtet sein.“

Stinnes sucht Lloyd George für seine Pläne zu gewinnen. Um sich selbst ganz Deutschland zu unterwerfen, scheut Stinnes nicht davor zurück, die ganze deutsche Wirtschaft an das ausländische Kapital zu verschachern.

Besondere Beachtung seitens der Arbeiterschaft verdient die Mitteilung des „Sozial-Anzeiger“, daß die Reise Stinnes im Einverständnis mit den Gewerkschaften erfolgt sei.

Wir erwarten, daß die Leitung des ADGB sofort Stellung zu dieser Mitteilung nimmt.

Wir fordern, daß darüber hinaus, um jede Mißdeutung zu vermeiden, alle Verhandlungen der Gewerkschaftsführer mit den Vertretern des Großkapitals abgebrochen werden. Wir verlangen, daß die Leitung der Gewerkschaften offen zum Proletariat spricht.

Die Gewerkschaften haben sich durch ihre Kumbegabung auf die Erfassung der Sachwerte festgelegt. Das kann nur durchgeführt werden durch die Aktion der breitesten Massen, und nicht durch Geheimdiplomatie.

Wie lassen uns nicht provozieren!

Die bürgerliche Presse heult jetzt morgens und abends nach Gewalt gegen die Kommunisten. Das preußische Ministerium mit den Sozialdemokraten Sebering und Braun berät Gewaltmaßregeln. Der sozialdemokratische Polizeipräsident Richter verhängt den kleinen Belagerungszustand über Berlin. Die bürgerliche Presse teilt ausschließlich des „Vorwärts“ und der „Sozialistischen Korrespondenz“ versucht wider besseres Wissen die Lebensmittelpfänderungen von verzweifelt Opfern der herrlichen kapitalistischen Ordnung der kommunistischen Partei anzuhängen. Der Zweck der Uebung ist durchsichtig. Es soll nach bewährten Mustern provoziert werden.

Die Herrschaften können solche Hoffnungen ruhig begraben. Auf Gewaltakte gegen die Arbeiterschaft wird die Arbeiterschaft geschloffen zu antworten wissen.

Wir Kommunisten lassen uns nicht provozieren und nicht isolieren von der Gesamtarbeiterschaft.

Zum Monatswechsel

muß jeder aktive Genosse unbedingt sein Abonnement schon Ende dieses Monats erneuern und wenigstens einen Abonnenten gewinnen.

1

Abonent ist zwar nicht viel, tut aber jeder Genosse seine Pflicht, werden viele Tausend gewonnen!

Lohnkämpfe im Reich.

Straßenbahnerstreik in Essen.

(III) Essen, 2. November.

Die gestern Mittag um 1 Uhr in den Streit getretenen Angehörigen der Essener Straßenbahn traten gestern abend eine Versammlung ab, die einen sehr bewegten Verlauf nahm. Die Versammlung beschloß die Fortführung des Streiks. Die Unzufriedenheit der Straßenbahner soll weniger in der Lohnregelung als in dem Verhalten der Straßenbahnerverwaltungen auf Einführung der arbeitstäglichen Entlohnung liegen.

Streik im Lübecker Hochofenwerk.

(IV) Lübeck, 2. November.

Die Belegschaft des Lübecker Hochofenwerkes ist in den Streit getreten, nachdem die Verhandlungen wegen Erhöhung der Schichtlöhne erfolglos verlaufen sind und auch durch den ungünstigen Schichtverhältnis und den Demotivationszustand nicht eine rasche Erledigung der Differenzen durchgeführt war.

Neue Explosion in der Badischen Metallfabrik.

WIR. Ludwigshafen, 2. November.

Am 21. November, vormittags 9 1/2 Uhr, explodierte in der 21. Waffenschmiede des Reichs der Badischen Metall- und Zinkfabrik beim Komprimieren eine Wasserstoffkugel. Hierdurch entstand die „Fällige Explosion“ durch einen Anstoß. Zwei Arbeiter sind tot, weitere acht mehr oder weniger schwer verletzt. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Glücklicherweise waren nicht mehr Leute in der Halle oder in deren Nähe.

Wieder 10 Proletariat tot oder zum Krüppel geschlagen, nachdem bei derselben Firma erst vor einigen Wochen die Explosionskatastrophe in Oppau viele Hunderte von Arbeitern der Produktion des Kapitals mit dem Leben oder dauernden Siedentum zu bezahlen hatte.

Der parlamentarische Ausschuss hat in seiner Mehrheit trotz des jandischen und bewiesenen Anlagematerials der Arbeiterschaft „alles in Ordnung“ gelassen. Es hat vor allem dem ausländischen Finanzkapital zugestimmt. Durch dieses Unterdrücken werden immer neue Unfälle hervorgerufen. Die lange wird sich die Arbeiterschaft dies verbroderliche kapitalistische System noch gefallen lassen?

Die Washingtoner Imperialistenkonferenz.

Rede Briands zur „Ab“rüstung zu Lande.

Am Montag hat Briand auf der Konferenz zu Washington seine mit großer Spannung erwartete Rede gehalten. Es ist begreiflich, wenn die Delegierten von dieser Rede enttäuscht worden sind. Denn Briand hat zu der gefälligen Anschauung der französischen Regierung nicht einen einzigen neuen Gedanken hinzugefügt. Er behauptete, daß Frankreich von Deutschland aus bedroht sei, daß Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit ein großes Heer aufstellen könne, und daß die deutsche Industrie über genügend Einrichtungen verfüge, um in kurzer Zeit das für einen modernen Krieg notwendige Material herzustellen. Gegenüber dieser Behauptung müsse Frankreich seine seitherige Rüstung aufrechterhalten, die gleichzeitig einen Schutzwall bildet gegenüber den destruktiven Tendenzen, die von Sowjetrußland ausgehen.

Man muß zugeben, daß sowohl die deutschen Monarchisten wie auch die deutsch-republikanische Regierung Briand genug Trümmer in die Hand gegeben hat, um für die Aufrechterhaltung des seitherigen französischen Landheeres plädieren zu können. Die Ludendorff und Konforten waren immer Schrittmacher für den französischen Militarismus. Und die Orgeformationen aller Art, die auch heute noch des weitestgehenden Wohlwollens des im ganzen unversehrten reaktionären Beamtentums sicher sein können, die militärisch organisierte Sippe mit ihren monarchistischen Offizieren, von der Reichswehr gar nicht zu reden, alle diese Organisationen und Formationen scheinen die Vorsichtsmaßregeln der französischen Regierung zu rechtfertigen. Freilich ist das nur ein Schein. Denn Reichswehr, Sippe und Orge sind nicht imstande, gegen ein modern ausgerüstetes Heer zu kämpfen, sondern sie haben nur den einen Zweck, das revolutionäre Proletariat niederzuhalten.

Außerdem ist es nicht der Zweck des französischen Heeres, Frankreich gegen eine Bedrohung durch Deutschland zu schützen. Das französische Heer ist das notwendige Instrument für die französische imperialistische Politik; es ist notwendig, für die Beitreibung der Reparationen, für die Aufrechterhaltung des Einflusses auf die mittel- und osteuropäischen Staaten.

Da die Amerikaner an der Abrüstung Frankreichs nicht direkt interessiert sind, scheint die ganze Landabrüstungsfrage mehr theoretisch als praktisch behandelt zu werden. Ob freilich England mit der Aufrechterhaltung der französischen Heeresmacht, die Frankreich zum tatsächlichen Herrn auf dem europäischen Kontinent macht, zufrieden sein wird, ist eine andere Frage. Schon wird von englischen Zeitungen der Vorschlag gemacht, die Schulden, die Frankreich in England während des Krieges aufgenommen hat, zu erlassen. Es ist sehr leicht möglich, daß ein Zusammenhang mit der unaussprechlichen Erörterung der wirtschaftlichen und finanziellen Probleme auch die Abrüstungsfrage von neuem aufgerollt wird.

EE. Washington, 23. November.

Die Frage der Abrüstung zu Lande wird heute in einer Kommissionsitzung der in der Kommission vertretenen Staaten beraten werden. Man erwartet eine Geheimnis mit der Annahme einer Resolution, worin erklärt wird, daß die Verminderung der militärischen Rüstungen von den auf der Konferenz vertretenen Mächten als wünschenswert betrachtet werde. Gleichzeitig wird man Frankreich das Zugeständnis machen, die ihm notwendig erscheinenden Truppenbestände aufrechtzuerhalten.

Auslieferung Dombals an die polnischen Gerichte.

Intel. Warschau, 22. November.

Der „Sejm“ hat die Annuität des einzigen kommunistischen Abgeordneten, des früheren Bauernvertreeters Dombal, aufgehoben und seine Auslieferung an die Gerichte zugestimmt. Dombal wird beschuldigt, in einer Wahlversammlung zur Frage der Krankenlassenwahlen in Warschau zur Bildung von Arbeiterräten und zum Sturz der polnischen Regierung aufgefordert zu haben.

Die Kommunisten sollen mundtot gemacht werden.

Geschäftsordnungsdebatten im Landtag.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Genosse Meyer, die Beratung des Entwurfs der neuen Maulkorbgeschäftsordnung gegen die Kommunisten von der Tagesordnung abzuheben, da das gesamte Material noch nicht vorläge. Die Kommunisten verlangen eine allgemeine Besprechung bei einer so wichtigen Aenderung. Der Antrag wird abgelehnt.

Genosse Meyer

Die Nichtbegründung der Aenderung der Geschäftsordnung beweist, daß die Mehrheit nicht den Mut hat, zu sagen, was beabsichtigt ist. Man will uns mundtot machen, uns den Ausdruck unserer Entrüstung unmöglich machen. Wir lassen uns diese schamlose Behandlung von Ihnen nicht mehr gefallen. Sie treiben widerliche Heuchelei. Das Parlament ist notwendig, um Dinge, die von der Presse totgeschwiegen werden, hier zu behandeln. Sie wollen das durch Ihre Geschäftsordnung unmöglich machen, daß ein Ventil für die Öffentlichkeit besteht.

Der Unterschied zwischen dem alten Obrigkeitsstaat und dem heutigen besteht nur darin, daß wir keine Monarchie mehr haben. Die Ausbeutung durch den Kapitalismus ist heute sogar viel größer. Ich wundere mich nur, daß die mehrheitssozialistische Partei auch zu diesen kindlichen Methoden der Abwürgung der Opposition greift. Die Opposition muß natürlich zu härteren Mitteln greifen. Sie brüllen sogar einen Minister nieder! Die Worte „Verbrecher“ und „Laster“ haben Sie zuerst uns gegenüber eingeführt. Wir befinden uns hier freilich nicht in einem Wäldchen. Wir stehen nicht auf dem Standpunkt der Sabotage des Parlamentarismus; solche Behauptung ist eine Verleumdung. In den Zeitungen von Moskau (Zurufe rechts: Koskau!) steht ausdrücklich, daß das Parlament zur Kritik unhaltbarer Zustände benutzt wird.

Je mehr Sie uns zum Schweigen bringen, desto lauter werden die Massen dröhnen können.

Abg. Schlich (Soz.): Der Vizepräsident wollte keineswegs die Kommunisten mit seinem Beschluß vergeblich machen, hier nur eine Leugnung der Geschäftsordnung zuzulassen. Uebrigens kann jede Partei eine Viertelstunde zu jedem der 98 Paragraphen der Geschäftsordnung sprechen. Da wird Ihnen (zu den Kommunisten) schließlich doch noch die Kraft ausgehen, wie es heute Nacht der Fall war. (Lärm u. d. Kom.) Man wirft uns vor, wir wären keine Marxisten, aber Dr. Meyer hat uns nicht be-

lehrt, was Marx denn über die Geschäftsordnung gesagt hat. Wir sind nicht vom Volke hierhergekommen, um mit und Komodie spielen zu lassen. (Abg. R. a. y. (Komm.): Schamlose Perle! — Präsident Leinert ruft den Abg. R. a. y. zur Ordnung. (Großer anhaltender Lärm. — Lärmende Zurufe der Komm.)

Selmeri holt bald die Wortzeit!

Das wird Leinert nicht tun. Der Ausschuss hat gründliche Arbeit gemacht und drei Beschlüsse abgelehnt. In der ersten Sitzung sind die Kommunisten überhaupt nicht erschienen. Der § 59 läßt den Einspruch gegen die getroffenen Anordnungen zu; er ist ein Schlußparagraf. (Zuruf der Komm.: Ein Schlußparagraf!) Wir werden den Ausschussfassung zustimmen. (Leb. Beifall b. d. Soz. — Lärm b. d. Komm.)

Abg. Ruffle (Dem.): Wir können doch nicht mit der alten Geschäftsordnung weiterarbeiten, die zu der neuen Verfassung nicht mehr paßt.

Abg. Leib (U. Soz.) wendet sich gegen den § 59, den er den Hausrechtsparagrafen nennt. Er beantragt, die ganze Vorlage an den Geschäftsbereichsausschuss zur nochmaligen Beratung zurückzugeben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Paragraf 59a des Geschäftsordnungsentwurfs wird angenommen. Er lautet: Die Tagung des Landtags beginnt mit seinem ersten Sitzungstag und dauert innerhalb der Wahlperiode so lange, bis der Landtag die Tagung für geschlossen erklärt.

Es folgt die Beratung des § 1.

Gen. Bied: Man will die Arbeiter mit der Geschäftsordnung mundtot machen, und bei einem solchen Spiel helfen die Mehrheitssozialisten mit. (Lachen bei den Soz.)

Abg. Leib (U. Soz.) wendet sich nochmals gegen den „Hausrechtsparagrafen“, den § 59.

Abg. Busch (Komm.) wendet sich gegen die Mehrheitssozialdemokraten.

Die Abstimmung über den § 1 wird, entsprechend dem Antrag Scholch zurückgestellt, bis die Abstimmung über den § 59 erfolgt ist.

Abg. Kilian (Komm.) wendet sich gegen die Art der Urteilsabteilungen, die er pedantisch findet, und beantragt daher die Streichung des § 2. Der Antrag wird abgelehnt und der § 2 angenommen.

§ 3 betrifft die Regelung der Zusammensetzung des Vorstandes des Landtages nach der Neuwahl.

Abg. Schulz-Neußlin (Komm.) spricht über den Hungerstreik in Wittenberg,

beantragt die Aussetzung der Beratung der Geschäftsordnung und verlangt die sofortige Verhandlung der neuen Hungerstreikaffäre.

Abg. Röh (Komm.) verlangt, daß der Justizminister über die neuen Klagen Rede und Antwort stehen soll.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Schulz-Neußlin (Komm.) und Mangel (Komm.) wird der Antrag auf Ueberweisung der Wittenberger Angelegenheit an den Richterburger Ausschuss gegen die Rechte und einen Teil des Zentrums angenommen.

Darauf wird die Beratung über die Geschäftsordnung fortgesetzt.

Nach § 4 besteht der Vorstand aus dem Präsidenten, 3 Vizepräsidenten und 8 Beisitzern, er wird zu Beginn jeder Tagung gebildet. Die Abstimmung, die auf kommunistischen Antrag namentlich ist, ergibt Annahme des § 4 mit 219 gegen 25 Stimmen.

Nach § 5 bilden der diensttuende Präsident und die beiden Beisitzer den Sitzungsvorstand.

Abg. Schulz-Neußlin (Komm.) beantragt, daß der Sitzungsvorstand aus 2 Kommunisten, 2 Unabhängigen und einem Rechtssozialisten bestehen müsse, da Mitglieder bürgerlicher Parteien nicht imstande seien, die Rechte des Hauses zu wahren. Es wird die Wahl nötig sein, auch noch drei Polizeileutnants in den Sitzungsvorstand aufzunehmen.

§ 5 wird angenommen. § 6 bestimmt die endgültige Wahl des Präsidenten und des Vizepräsidenten 4 Wochen nach den Neuwahlen des Landtages.

Abg. Neumann-Berlin (Komm.) begründet einen Antrag seiner Fraktion gegen diese Art der Wahl des Vorstandes. Präsident und Vizepräsident müßten jeder Zeit auf ein Mißtrauensvotum hin abgerufen werden können. Der Antrag wird abgelehnt. Auf Antrag der Kommunisten ist die Abstimmung namentlich.

Bei der Beratung des § 7 spricht abermals ein Kommunist. — Präsident Leinert erklärt, daß die Feststellung über das Ergebnis der Abstimmungen zu § 6 die Beschlußfähigkeit des Hauses ergeben hat.

Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Tagesordnung: Weiterberatung. — Haushalt.

Zum Steuertamp

nahm der Zentralausschuss der SPD. in seiner Sitzung vom 16. und 17. November mit 31 gegen 15 Stimmen folgende Resolution an:

1. Bei allen früheren Steuertämpfen, die die Arbeiterklasse führte, handelte es sich um Kämpfe, die innerhalb des Rahmens des bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Wirtschaft blieben. Dies war der Fall, solange die Steuern nur einen verhältnismäßig kleinen Bruchteil des Nationaleinkommens ausmachten und die kapitalistische Wirtschaft in ihren Grundlagen unerschüttert war.

Der Steuertamp war in diesen Zeiten ein Begleitstück des Lohnkampfes.

Die Steuerreform als spezifisches Heilmittel der Leiden der Arbeiterklasse ist in solchen Zeiten ein bestes Mittel bürgerlicher, besonders Kleinbürgerlicher Reformquadralber.

In früheren Stadien des Klassenkampfes war insbesondere die Steuerreform eine Form des Kampfes der industriellen Bourgeoisie gegen die Finanzaristokratie und den Großgrundbesitz, ein Kampf um die Verteilung des Mehrwertes unter diesen Klassen.

Von diesem Stadium gelten die Worte von Marx (1850): „Die Steuer kann einzelne Klassen bevorzugen und andere besonders brücken, wie wir das z. B. unter der Herrschaft der Finanzaristokratie sehen. Sie ruinert nur die Mittelschichten der Gesellschaft zwischen Bourgeoisie und Proletariat, deren Stellung nicht erlaubt, die Last der Steuern einer anderen Klasse zuzuwälzen. Das Proletariat wird durch jede neue Steuer um eine Stufe tiefer herabgedrückt. Die Abschaffung einer alten Steuer erhöht nicht den Arbeitslohn, sondern den Profit.“

2. In Zeiten revolutionärer Erschütterung des bürgerlichen Staates kann jedoch die Steuer von der Arbeiterklasse und dem Kleinbürgertum als Mittel des Angriffs gegen die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft, gegen das Privateigentum, benutzt werden.

So schlägt z. B. das kommunistische Manifest als eine „revolutionäre Uebergangsmaßregel“ vor:

1. Expropriation des Grundeigentums und Verwendung der Grundrente zu Staatsausgaben.
2. Starke Progressivsteuer.
3. Abschaffung des Erbrechts.
4. Zentralisation des Kredits in den Händen des Staates durch eine Nationalbank mit Staatskapital.

Ebenso die Forderungen der kommunistischen Partei in Deutschland (April 1846): 1. Die fürstlichen und anderen feudalen Landgüter, alle Bergwerke, Gruben usw. werden in Staatseigentum umgewandelt. . . 8. Die Hypotheken auf den Bauerngütern werden für Staatseigentum erklärt. . . 10. An die Stelle aller Privatbanken tritt eine Staatsbank, deren Papier gesetzlich Kurs hat. . . 14. Beschränkung des Erbrechts. 15. Einführung von starken Progressivsteuern und Abschaffung der Konsumsteuern.

Diese Forderungen waren bestimmt, das revolutionäre Kleinbürgertum und das Proletariat zum Angriff gegen die Bourgeoisie zusammenzuführen.

Dies erläutert Karl Marx in einer Schrift von 1850 (Rezension von Girardin's Schrift über den Sozialismus und die Steuern) folgendermaßen:

„In der Revolution kann die zu kolossalen Proportionen gewachsene Steuer als eine Form des Angriffes gegen das Privateigentum dienen, aber selbst dann muß sie zu neuen revolutionären Maßregeln weiter treiben oder schließlich auf die alten bürgerlichen Verhältnisse zurückführen.“

3. Im heutigen Deutschland wie in allen Ländern, in denen die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft tief erschüttert und die Staatsfinanzen völlig zerrüttet sind, kann der Steuertamp als eine mächtige Waffe des Angriffs gegen das kapitalistische Eigentum benutzt werden, der Arbeiterklasse und mindestens Teile des Kleinbürgertums zusammenführt. Dies aber nur erstens, wenn der Steuertamp zum Gegenstand der Massenaktion gemacht wird, zweitens, wenn die Steuer „zu kolossalen Proportionen geschwellt“ wird, d. h., wenn sie zu einer Konfiskation kapitalistischer Vermögens und Einkommens in großem Maßstab wird und drittens, wenn sie unmittelbar in das Gebiet der Produktion (der Industrie, des Handels, des Verkehrs, der Banken, der großen Landwirtschaft) übergreift.

4. Die inneren und auswärtigen Staatsschulden in Deutschland (Kriegsanleihen, Wiedergutmachungsschuld usw.) und der

Steuerbedarf haben eine solche Höhe erreicht, daß durch gewöhnliche Finanzmaßnahmen nicht mehr zu helfen ist. Der Steuerbedarf macht mehr als zwei Drittel des Nationaleinkommens aus. Er ist durch keine bloßen Steuermaßnahmen zu decken.

Der bloße Versuch, auch nur einen wesentlichen Teil des Steuerbedarfs durch laufende Steuern zu decken, auch unter Vernachlässigung der dringenden sozialen Aufgaben, läßt nur zwei Möglichkeiten offen: entweder die Konfiskation eines beträchtlichen Teils des Arbeitseinkommens der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums und die schrittweise Enteignung des Arbeitsvermögens der letzteren, oder: die Konfiskation im kleinsten Maßstab kapitalistischer Vermögen und Einkommen durch den Staat. Es versteht sich, daß die Arbeiterklasse nicht anders kann, als um das Beste zu kämpfen. Diese Konfiskation kapitalistischer Einkommens und Vermögens ist nur zum geringsten Teil auf dem Wege der Geldsteuer möglich. Je wertloser das Papiergeld wird, um so illusorischer werden Geldsteuern, abgesehen davon, daß das Kapital taubend Wege findet, um sich der Geldsteuer durch direkten Betrug, durch Abwälzung, durch Kapitalflucht usw. zu entziehen. Ferner: die Beschlagnahme kapitalistischer Vermögen und Einkommen in Geldform wird den Unternehmer veranlassen, den Betrieb stillzulegen. Es bleibt also nur ein wirksamer Weg. Der Staat beschlagnahmt nicht Geldwerte, Papierfeste, sondern konfiskiert in Natura, indem er sich zum Mitteleigentümer der kapitalistischen Unternehmungen macht und seinen Anteil vom Ertrag unmittelbar an der Quelle der Produktion erhebt. Diese Form der Konfiskation bedeutet keine „Störung des Produktionsprozesses“, sondern gibt umgekehrt dem Staat die Handhabe, in das anarchische Treiben der Privatkapitalisten mit überlegener Macht einzugreifen, Luxusproduktion und Verschwendung von Rohstoffen und Produktionsmitteln, die Verschleuderung ins Ausland aufzuheben, die gesamte Produktion in großen Einheiten zusammenzufassen.

5. Es ist klar, daß gleichzeitig die ungeheure tote Last der inneren Staatsschuld (Kriegsanleihen usw.) von der Wirtschaft genommen werden muß. Der einfachste Weg ist die Einstellung der Zinszahlung für die innere Schuld (mit Ausnahme der Beträge der kleinen Zeichner). Die tote Last der Wiedergutmachungsschuld zu erleichtern, ist nur möglich durch den Fortschritt der Revolution in Mittel- und Westeuropa. So lange die politischen Machtverhältnisse in Frankreich und England nicht gründlich umgewälzt sind, bleibt für ein Deutschland, in dem die Arbeiterklasse die ausschlaggebende Macht in der Hand hat, nur der Weg der Verhandlung.

6. Die „Erfassung der Goldwerte“, d. h. die Beschlagnahme kapitalistischer Vermögen und Einkommen an der Produktionsquelle ist nur durchzuführen durch den geschlossenen Angriff der Arbeiterklasse, der sich aus der Abwehr der angebotenen riesigen Neubelastung der arbeitenden Bevölkerung herauswickeln muß. Dieser Kampf ist unvermeidlich, denn die Aufbringung der riesigen Steuerlasten vorwiegend durch die Arbeiterklasse und das Kleinbürgertum ist unmöglich, ebenso unerträglich ist für die Arbeiterklasse die Fortsetzung der Papiergeldwirtschaft, die Selbstentwertung, die jeden Lohnkampf im Handumdrehen wieder illusorisch macht, das Kleinbürgertum zugrunde richtet, die Staatsfinanzen immer tiefer zerrütet, die Produktion lähmt, ständig die arbeitenden Massen zugunsten weniger Kapitalisten enteignet, das Land verarmen macht. Die Tatsache, daß selbst SPD. und USPD. in begrenztem Sinne die Erfassung der Goldwerte als Parole angenommen haben, beweist zweierlei: 1. daß es eine Notwendigkeit ist, die breiten Arbeitermassen als eine Abwehrmaßregel gegen die neue Steuerlast einleuchtet, 2. daß diese Parteien beabsichtigen, diesen Gedanken zu einem Massenbetrugsmanöver auszunützen. Zu einem Betrug wird diese Maßregel dann, wenn die „Erfassung der Goldwerte“ nur bestimmt ist, einen geringfügigen Bruchteil des Staatsschatzes zu decken und nur als Deckmittel benutzt wird, um den größten Teil der Steuerlast der Arbeiterklasse aufzubürden. So meint es in der Tat der Reichstichter der USPD., Rudolf Hilferding, wie seine Rede im Reichswirtschaftsrat beweist. Die „Erfassung der Goldwerte“ ist von der USPD. und SPD. als Verzögerungsmittel für die Arbeiterklasse gedacht. Wir Kommunisten haben die Aufgabe, diesen Betrug zu durchkreuzen. Wir fordern die Erfassung der Goldwerte in einer Höhe, daß die bisherige steuerliche Belastung der Arbeiterklasse und der kleinen Leute durch indirekte, direkte und Verbräuchsteuern durch Einfuhrzölle usw. aufgehoben wird.

Wir verbinden also mit der Forderung der Erfassung der Goldwerte untrennbar die Forderung des Jenaer Steuerprogramms.

8. Die Erfassung der Goldwerte in dem oben angegebenen Sinn schließt formell „Staatskapitalismus“ ein. Aber es ist ein Staatskapitalismus ganz besonderer Art. Der Staat als Maschine, um Kapital zu konfiszieren, die Arbeiter zu entlasten, zentrale Produktionsregelung zu beginnen. Es gibt nur eine Klasse, die die Staatsmaschine so benutzen kann, die Arbeiterklasse. Sie muß, um sie so benutzen zu können, neue Positionen politischer Macht erobern und sie muß an den Kampf um die Goldwerterefassung den Kampf um die Kontrolle der Produktion, der Steuererhebung und der Steuerverwendung anknüpfen. Die Betriebs- und Geschäftskontrolle der Betriebe, die der Staat in die Hand nimmt, muß in der Hand der Betriebsräte der Arbeiterklasse und Angestellten liegen. Also keine Verwaltung durch die Staatsbürokratie.

9. Die Maßregeln, die wir zum Gegenstand einer zähen und breiten Massenaktion machen, sind so wenig Staatskapitalismus im Hilferding'schen oder Scheibemann'schen Sinne, wie etwa die Steuerforderungen des kommunistischen Manifestes oder die Maßregeln, die Lenin im September 1917 für Rußland vorschlug.

10. Die ökonomische Geschichte Deutschlands seit der Revolution ist die Geschichte des systematischen Abbaues des staatlichen Eingriffs in die private kapitalistische Wirtschaft und der systematischen Aufbau riesiger privatkapitalistischer Konzerne, die unter Führung von Hugo Stinnes von Kohle, Eisen und den Banken aus die gesamte Wirtschaft sich unterwerfen, die jetzt die Hand nach den Eisenbahnen ausstrecken, die zu Herren des Staates geworden sind und sich anschicken, diesen direkt in die Hand zu nehmen.

Das persönliche Regiment Wilhelm's von Hohenzollern mit seinem Schweiß von zwei Duzend kleinen Dynastien ist bereits ersetzt durch das Regiment von zwei Duzend Großindustrieller und Bankiers mit Stinnes an der Spitze. Der Kampf um die Steuern zielt schließlich darauf zu, ob Stinnes den Staat und durch den Staat die Massen in die Hand bekommt oder umgekehrt, ob der Staat durch die Massen den Stinnes und die Seinen läßt.

11. Die SPD., indem sie den Kampf gegen die Belastung der Volksmassen und um die Erfassung der Goldwerte in den breiten Massen aufnimmt, richtet an USPD., SPD. und Gewerkschaften die Anforderung, diesen Kampf gemeinsam zu führen. Die Erfassung der Goldwerte ist noch keine kommunistische Forderung. Sie ist jedoch ein wesentlicher Schritt, um die Lasten der arbeitenden Massen zu erleichtern. Sie ist die eigene Forderung der USPD. und SPD. Wir Kommunisten wollen, daß für sie gekämpft wird und zwar da, wo die einzige Kraft ist, die zum Siege führen kann: in der organisierten Arbeiterklasse, in Gewerkschaften und Genossenschaften, in Betrieben und Kontoren.

Wir Kommunisten nehmen die Forderung auf, wir werden die breitesten Massen dafür mobilisieren mit SPD. und USPD.-führern, wenn sie festhalten an der Forderung; gegen sie, aber mit den Massen, wenn sie sie im Stich lassen.

Wirbelsturm.

Roman von Andor Nagu.

Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan J. Klein

Nachdruck verboten.

„Aber nun sagt mir endlich“ — hub er wieder an — „woher habt ihr das Vermögen des gnädigen Herrn ausgegraben? Vorwärts! Zeigt, wo das Geld, das Gold und alle Schätze des gnädigen Herrn vergraben waren.“

Die Augen der Sequanten wandten sich Abel zu, ihr Flehen fürzte sich vor seine Füße.

„Was?“ — sprang der Detektiv vor sie hin, versetzte ihnen von rechts und links Rausschellen. — „Betteln wollt ihr? Zu dem gnädigen Herrn? Dem ihr das Vermögen geraubt habt? Den ihr ermordet wolltet? Was? Ihr gesteht es nicht?“

„Wir gestehen es“ — stammelten die beiden flehlich.

„Ihr habt das Vermögen ausgegraben, das der gnädige Herr vergraben hatte! Nicht wahr?“

„Ja.“

„Also vorwärts! Zeigt!“ — und er stieß sie vor sich her. Abel besaß nicht die Kraft zu einer Gebärde, zu einem Wort. Hilflos war er auf seinen Sessel gesunken. . . Seine Lippen bewegten sich wohl, doch vermochte er keinen Laut hervorzubringen.

Der Detektiv wandte sich an ihn.

„Den gnädigen Herrn werde ich nicht füren. Will nur ein wenig diese Judenhande verhören, diese verdammten Kommunisten! Will aus ihnen herauslocken, woher sie alles zusammengeraubt haben, wo diese Räuberjuden das Vermögen Eurer Gnaden ausgegraben haben! Die Schurken leugnen, doch liegt uns die Anzeige des Portiers vor, die verrät uns so genau, wer hier die Ganner waren! Die aber werden nicht so leicht davonkommen! Ich weiß, diese jüdische Wurde wird daran freipieren, doch werde ich es ihr schon zeigen!“

Und er begleitete seine Worte mit einem Lächeln.

Qualvolle Verzweiflung wühlte Abels Gesicht auf. Mit wahrwärtiger Geschäftsbegierde dröhnte durch seinen Kopf die fürchterliche Szene und der Dinge tiefe Rückschlüsse. . . Die beiden haben kein vergrabenes Vermögen geräubt, wollten auch ihn töten, der Portier hat es angezeigt. . . Schmach, Schmach, das ist ja nicht wahr, er hat ja sein Vermögen gar nicht vergraben, die beiden waren zu ihm gut, freundlich, der Portier oder . . . Und nun erlattet der Portier Anzeigen, dieser Schurke, der die blutrünstigen Reben führte, zu ihm von allen am größten war. . . Gräßlich. . . Und diese hier werden gequält, geprügelt, vielleicht sogar getötet. . . von diesem wüthen Tier,

dieser grausamen Bestie, diesem Ungeheuer! Er fühlte, er müsse nun vortreten, dem Henker die eigene ensiehlige Rückschlüsse und die Unschuld der beiden ins Gesicht schreien. Was ist denn mit ihm? Er vermag den Mund nicht zu öffnen, vermag nicht zu schreien, findet keine Worte.

Der Detektiv stieß nun die anderen hinaus, blieb mit Abel allein.

„Belieben Sie nicht besorgt zu sein“ — sprach der Detektiv vollkommen geschäftsmäßig — „ich bringe alles ans Tageslicht. Aber nachher“ — und nun grüßte er, zeigte seine großen gelben Zähne — „ich will hoffen, der gnädige Herr werden nicht vergeblich. . . für meine Bemühungen nämlich, Sie belieben ja zu wissen, . . . wir werden das hübsche Geld teilen!“

Er zwinkerte vertraulich.

Abel rang nach Atem, war weiß wie die Wand.

„Verzeihung, um Gotteswillen“ — brach es aus ihm hervor — „dies ist unmöglich! Ich habe nichts. . . aber gar nichts vergraben!“

Er hatte es ausgesprochen. Sein Herz war leichter geworden.

Das Gesicht des Detektivs veränderte sich jählings, er raunte Abel mit verzerrten Zügen dumm und verblüfft an:

„Wa-a-a?“

Er trat näher, schob seinen roten Mund ganz nahe an Abels Gesicht. Wiederholte immer von neuem und immer wütender:

„Wa-a-a! Wa-a-a! Nicht?“

Abel wurde von seiner Entschlossenheit bereits wieder im Stich gelassen. Er wand sich ratlos, wollte stark sein, vermochte sich aber der auf ihn fürzenden Rohheit nicht zu erwehren, vermochte seine Ueberlegenheit nicht zu wahren. Er stammelte linksich:

„Verzeihung, da liegt irgendein Irrtum vor. . . Jawohl, vielleicht irren Sie. . . Belieben zu irren!“

Der Detektiv fand noch immer vor ihm, sich nahe zu seinem Gesicht neigen, mit wutverzerrten Zügen.

„Was? Ein Irrtum?“

„Ja.“

Diese bis ans äußerste gespannte Situation, in der Abel von dem fürchterlichen Ausdrager derart an die Wand gepreßt wurde, als könnte auch er eines Verbrechens bezichtigt werden, als wäre auch er ein Spießgeselle jener, die ihn seines Vermögens beraubt, ihn eingekerkert hatten, und die nun, mit maßlosem Haß ausgehört und verhöhnt werden, — dieser Verdacht stieß seine letzte Kraft auf, damit er sich dennoch verteidige und diese Behandlung zurückweise.

(Fortsetzung folgt.)

